

Thomas Meyer

Sozialdemokratische Wege zur Macht

Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?* und *Soziale Demokratie. Eine Einführung*.

thomas.meyer@fes.de



Es ist der Identitätskern der Sozialdemokratie, eine am Grundwert gleicher Freiheit orientierte Politik mit umsetzbaren Programmen wirklichkeitsfähig und durch eine breite soziale Bündnispolitik auch politisch mehrheitsfähig zu machen. Darin genau bestand stets ihr Anspruch, Volkspartei zu sein. Auf keines der drei genannten Kriterien kann die SPD verzichten, solange sie Volkspartei bleiben will. Sie markieren den Weg zur führenden politischen Gestaltungsmacht, auch wenn die Umstände wechseln. Die Bundestagswahl 2009 hat mit einem Donnerschlag daran erinnert, dass gute Programme allein nicht reichen. Neben der Glaubwürdigkeit der Handelnden muss eine handfeste Machtperspektive hinzutreten, damit die Wähler ihre Stimme bei der SPD in den richtigen Händen sehen. Das unterscheidet die SPD wesentlich von den kleinen Parteien, denen es reicht, sich ihren Wählern als Korrektiv für die Politik der Großen anzubieten. Volksparteien aber gibt es nicht im Westentaschenformat. Die SPD hat jüngst mit dem Überschreiten der 30 %-Marke in den Umfragen den ersten entscheidenden Schritt zur Sicherung ihres Volkspartei-Status getan. Nun müssen zwei weitere folgen: die Schärfung ihres Programmprofils und eine überzeugende Mehrheitsstrategie, die öffentlich erkennbar ist.

Wie aber kann die SPD im heutigen Fünf-Parteien-System eine glaubwürdige Machtperspektive zurückgewinnen? Es kursieren zwei Vorschläge. Der eine rät zu

einer dominanten Rolle der Sozialdemokratie bei der Organisation eines Mitte-Links-Lagers, der andere plädiert für eine eigenständige Profilierung der SPD mit deklarierter Rot-Grün-Präferenz. Beide Strategien basieren auf guten Argumenten, beide enthalten aber auch Probleme und offene Fragen. Zusammen enthalten sie alle Elemente für einen Erfolg versprechenden Weg der Sozialdemokratie zur politischen Mehrheitsmacht. Ich sehe ihn in der Kombination von drei Strategieelementen: offensive Eigenprofilierung, rot-grüne Präferenz und offene Linksoption. Die Gründe:

● Eine offene Dreierbeziehung

Ein politisches Lager im eigentlichen Sinne gibt es in der Bundesrepublik bisher nicht, denn es setzt neben der weitgehenden Übereinstimmung in zentralen politischen Fragen vor allem auch Absprachen und Zusammenarbeit voraus. Was es gibt, sind deutliche mitte-linke Selbstzuordnungen der Wähler und eine ihnen entsprechende Politiknähe der drei Parteien im Mitte-Links-Spektrum, ein virtuelles Lager sozusagen. Ein Verbund dieser Parteien mit vertragsähnlicher Bindung, also eine Koalition in der Opposition, wäre kontraproduktiv. Er würde die politische Dynamik lähmen, die notwendige Normalisierung der Linkspartei suspendieren, die lagerübergreifende Wählerwanderung ignorieren und damit Glaubwürdigkeitsgewinne und Wahlchancen der SPD ohne Not preisgeben.

● Eigenständige Profilierung, aber plus

Eine Strategie der eigenständigen Profilierung mit rot-grüner Präferenz ist als Kern

einer sozialdemokratischen Strategie die beste Lösung, aber sie ist unvollständig. Sie erlaubt die lagerübergreifende Rückgewinnung ehemaliger oder potenzieller sozialdemokratischer Wähler und stellt die eigene politische Identität in den Mittelpunkt von Programmarbeit und öffentlicher Kommunikation. Nicht zu vergessen, dass der SPD bei der Wahl 2009 Wähler in großer Zahl auch in Richtung CDU und Wahlenthaltung entglitten sind. Mit einem geschärften Programm und einem glaubwürdigen Auftritt kann die SPD die meisten davon zurück- und angesichts der desaströsen Politik von Schwarz-Gelb vermutlich darüber hinaus noch viele hinzugewinnen. Das verlangt den Vorrang für die eigenständige Profilierung.

● **Mitte-Links: Spektrum, nicht Lager**

Politische Lager sind nie Gegebenheiten, sondern stets Produkte politischen Handelns. Was es hierzulande gibt, ist ein Mitte-Links-Spektrum. Politische Unterschiede zwischen den Parteien ergeben sich in mehreren Dimensionen. Neben der zentralen ökonomisch-sozialen Dimension spielen die kulturelle und die demokratiepolitische eine Rolle. Genau genommen lassen sich aber kaum noch die Parteien als ganze wie homogene Einheiten nach diesen Dimensionen bemessen, außer der heutigen FDP, von den Rechtsextremen zu schweigen. Es gibt auch ökonomisch eher Linke bei der CDU und eher Rechte bei den Grünen. Kulturell Libertäre finden sich mittlerweile in allen Parteien, wenn auch in unterschiedlichem Maße, außer natürlich ganz rechts. Das gilt für Mitglieder und Wähler gleichermaßen. Das schafft Flexibilität, aber auch chronische koalitionspolitische Risiken. In der Linkspartei gibt es demokratiepolitisch unsichere Kantonisten und DDR-nostalgische Wirt- und Trotzköpfe, aber das Problem

ihres Programms ist nicht vermeintlicher Extremismus, sondern sektiererhafte Realitätsferne, und dass es kurioserweise den Mainstream ihrer Mandats- und Amtsträger nicht widerspiegelt.

Eine tragfähige Koalitionspolitik kann sich folglich nicht auf die Statik festliegender Gruppen stützen, zwischen denen nur noch Verträge zu schließen wären. Sie muss, wenn sie gewollt wird, aus heterogenen und im Fluss befindlichen Formationen politisch aufgebaut werden. Der Charme eines solchen Prozesses, wenn er in öffentlichen Debatten erfolgt, besteht darin, auf diesem Wege gleichzeitig auch die gesellschaftlichen Milieus zu vermitteln und zu mobilisieren, die als gesellschaftliche Grundlage einer mitte-linken Regierungszusammenarbeit von entscheidender Bedeutung sind.

● **It's the Economy**

Die kulturelle Dimension des Parteienunterschieds ist für die Sozialdemokratie gewiss nicht unwichtig, aber am zentralen Beispiel der Schul- und Bildungspolitik erweist sich ihre Uneindeutigkeit, denn gerade hier ist die Übereinstimmung der vermeintlich polaren Parteien groß. Zudem bildet die ökonomisch-soziale Dimension plus zugehöriger Ökologie in der gegenwärtigen Situation zweifellos den Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Bei der FDP ist auf diesem Feld trotz ihrer großen Not in absehbarer Zeit vermutlich nicht viel zu holen.

● **Minderheitsregierungen, Option in Europa**

Die deutschen Medien haben die Regierungsbildung in Düsseldorf in provinzieller Weise zum Anlass genommen, das Projekt einer Minderheitsregierung als prinzipiell wackelig und unseriös abzustempeln. Der europäische Rundblick aber

zeigt, dass in einer Reihe wichtiger Länder, zu denen die skandinavischen und auch Spanien gehören, sozialdemokratische Politik von Minderheitsregierungen erfolgreich geführt werden konnte, und zwar ohne Gefährdung der demokratischen Stabilität. Es dürfte auch für Deutschland nur eine Frage der politisch kulturellen Gewöhnung und mehr noch des medialen Umdenkens sein, ein solches Projekt, wenn es aus den Wahlergebnissen zwingend begründet werden kann, auf Bundesebene zu realisieren. Sigmar Gabriel hat recht: Die SPD tut gut daran, sich selbst, die Gesellschaft und die Öffentlichkeit daran zu erinnern, dass dies in gegebener Lage eine Option, wenn auch sicher kein anzustrebendes Ziel sein kann.

● **Rot-grüne Präferenz mit offener Linksoption**

Die im Kern richtige Strategie der eigenständigen Profilierung der SPD mit rot-grüner Präferenz lässt zwei ausschlaggebende Fragen offen. Die erste besteht darin, dass unter voraussehbaren Bedingungen Rot-Grün allein zu einer Mehrheitsbildung nicht verlässlich ausreichen dürfte und dass in gegebener Lage diese Option von den Grünen zugunsten von Schwarz-Grün rasch zu den Akten gelegt würde, wenn sich nicht eine realisierbare linke Mehrheitsalternative zeigt. In der öffentlichen Kommunikation und ganz besonders in den kommenden Wahlkämpfen macht diese Strategie daher nur Sinn, wenn sie glaubwürdig erweitert wird. Für eine solche Erweiterung kommt nach Lage der Dinge die FDP, solange diese sich nicht an Haupt und Gliedern sozial erneuert, kaum in Frage. Bleibt nur die Linkspartei, der unsichere Kantonist. Im Hinblick auf sie muss die SPD zunächst klarstellen, dass außer Übereinstimmungen im ökonomisch-sozialen und bildungspolitisch-kulturellen Bereich auch eine Hinwendung zu verantwortungsvoller Außen-

und Europapolitik Bedingung für eine mögliche bundespolitische Zusammenarbeit ist – die Beendigung der aberwitzigen Spiegelfechtereien in der Demokratiefrage sowieso. Die Festlegung allein auf die rot-grüne Präferenz in der Wahlkampagne bei gleichzeitiger Verkündung, dass die SPD ansonsten nach allen Seiten offen sei, ist weder glaubwürdig, noch eine wirkliche Machtperspektive. Der Dauerrefrain, dass die Linkspartei nicht regierungsfähig wäre, kommt einer ganz überflüssigen Selbstblockade gleich. Wenn die Wähler annehmen können, dass dies am Ende ebenso gut zu einer Großen Koalition oder zu einem Notkompromiss mit den Liberalen führen könnte, werden sich viele verweigern oder anders orientieren. Eine solche Strategie lässt sich nicht glaubwürdig vermitteln, weil sie die entscheidende Frage offen lässt.

● **Drei Mitte-Links-Optionen**

Erfolgversprechend erscheint daher nur die Strategie der Eigenprofilierung mit rot-grüner Präferenz, wenn sie zusätzlich die politischen Bedingungen nennt, unter denen, wenn nötig, eine Öffnung für die Linksoption in Betracht kommt. Es geht um Rot-Grün plus. Eine bedingte Linksoption frühzeitig in die Debatte einzubeziehen und allmählich zu normalisieren, ist die klügste Strategie. Offen bleibt die Form der Zusammenarbeit, ob es zur selektiven Kooperation einer rot-grünen Minderheitsregierung mit der Linken kommt, einer verabredeten Tolerierung oder gar einer Koalition. Das kann nur, allein schon um die Linkspartei nicht in falscher Sicherheit zu wiegen, in gegebener Lage im Hinblick auf das vorliegende Wahlergebnis entschieden werden. In allen drei Fällen aber wäre sichergestellt, dass Stimmen für die SPD am Ende in politische Macht umgesetzt werden können, welche die Verwirklichung der Politik der Sozialdemokratie nicht nur verspricht, sondern auch einlösen kann.